Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3304. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 272. [49. Jahrgang.] **Sonnabend den 20. November 1909.** [49. Jahrgang.] **Nr. 272.**

Berlin, den 19. November.

Aus dem Reichshaushaltsetat für 1910.

Vorbemerkung.

Infolge des Inkrafttretens der Finanz- und Besoldungsgesetze ist die Vorlegung von Nachtragsetats für 1909 notwendig geworden. Bei der Vergleichung der Ziffern des Etats für 1910 mit denen des Vorjahrs sind die Forderungen der Nachtragsetats für 1909 bereits berücksichtigt worden.

* * *

Der Etat des **Reichskanzlers und des Reichskanzlei** erfordert bei einer Einnahme von 1313 ℳ an fortdauernden Ausgaben 314 470 ℳ (gegen das Vorjahr + 50 ℳ).

Der Etat des **Auswärtigen Amtes** weist neben einer Einnahme von 1 495 320 ℳ (— 154 690 ℳ) fortdauernde Ausgaben in Höhe von 18 495 488 ℳ (+ 462 435 ℳ), einmalige Ausgaben in Höhe von 856 000 ℳ (— 321 498 ℳ) auf. Von ersteren entfallen auf das Auswärtige Amt (Zentralverwaltung) 3 149 640 ℳ (+ 36 952 ℳ). Als Funktionszulage für einen vierten vortragenden Rat ist eine Mehrforderung von 1500 ℳ eingestellt. In der Begründung heißt es: Im Auswärtigen Amte wird die Abteilung für Personalien usw., die handelspolitische und die Rechtsabteilung von je einem Direktor geleitet. Die politische Abteilung dagegen untersteht der unmittelbaren Leitung des Staatssekretärs, dem daneben gleichzeitig die Führung der gesamten Geschäfte des Auswärtigen Amtes obliegt. Wenn dem Staatssekretär auch der Unterstaatssekretär zur Seite steht, so ist die ihm bei seinen vielfachen Geschäften zufallende Arbeitslast doch so bedeutend, daß er sie in dem bisherigen Umfange auf die Dauer nicht zu bewältigen vermag. Aehnlich liegen die Verhältnisse beim Unterstaatssekretär, der außerdem den Staatssekretär in Urlaubs- und Behinderungsfällen zu vertreten hat. Zur Entlastung dieser beiden Beamten und im Hinblick auf die Wichtigkeit der politischen Geschäfte des Auswärtigen Amtes soll ein älterer vortragender Rat der politischen Abteilung in der Eigenschaft eines Dirigenten mit einem Teile der einschlägigen Geschäfte betraut werden. Eine derartige Maßnahme würde zugleich in wünschenswerter Weise dazu beitragen, die Einheitlichkeit und Sicherheit der Geschäftsführung zu gewährleisten.

Unter den Mehrforderungen für die Missionen erscheinen 61 700 ℳ als Dotation für die Gesandtschaft in Sofia. Hierfür kommt in Abgang die Dotation von 41 500 ℳ für das bisherige Generalkonsulat daselbst. Die politischen Ereignisse in Bulgarien haben es notwendig gemacht, das Kaiserliche Generalkonsulat und die diplomatische Agentur in Sofia in eine Gesandtschaft umzuwandeln und diese wie die Gesandtschaft in Bukarest und Belgrad mit einem Gesandten, einem Legationssekretär, einem Dragoman und einem Legationskanzlisten zu besetzen. Die konsularischen Geschäfte in Sofia sollen dem bisherigen Konsulat in Rustschuk übertragen und zu dem Zwecke dessen Sitz nach Sofia verlegt werden. Von den angeforderten Gehaltszulagen für die Konsulatsbeamten sind besonders zu erwähnen eine solche von 6000 ℳ für den Generalkonsul in Rio de Janeiro, von 1500 ℳ für den Konsul in Beirut und von 1000 ℳ für den Konsul in Varna wegen der Teuerungsverhältnisse. In Adana soll, entsprechend der Bedeutung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in diesem türkischen Wilajet, ein Berufskonsulat errichtet werden, und zwar unter gleichzeitiger Verlegung des bisherigen Vizekonsulats in Konia dorthin. Der Konsul wird auch für Konia zuständig bleiben. Ferner soll in Trapezunt, dem wichtigsten Hafenplatze für den Handel nach der östlichen Türkei und nach Nordpersien, ein Berufskonsulat neu geschaffen werden. Bei den Generalkonsulaten in New York und Warschau sowie bei den Konsulaten in Brüssel, Kairo und Tientsin sollen neue Sekretärstellen geschaffen werden.

Bei den allgemeinen Fonds, die 4 215 348 ℳ (+ 319 383 Mark) betragen, ist zu erwähnen eine Verstärkung des Geheimfonds um 300 000 ℳ, sowie eine Verstärkung des Fonds zur Förderung deutscher Schul- und Unterrichtszwecke um 50 000 ℳ. Die Dotation des Archäologischen Instituts ist zum Zwecke von Ausbesserungsarbeiten an den Institutsgebäuden in Rom und Athen und aus Anlaß von Besoldungsaufbesserungen um 23 800 ℳ erhöht worden.

Herabgesetzt worden sind unter anderem die Fonds zu Kurier- und Reisekosten um 10 000 ℳ, zu Geschäftsbedürfnissen bei den Auslandsbehörden um 20 000 ℳ, zu Tagegeldern und Fuhrkosten bei den gleichen Behörden um 20 000 ℳ, für Wahlkonsulate um 50 000 ℳ, zu Kommissionskosten um 50 000 ℳ sowie für die Umzug von Beamten um 10 000 ℳ.

Unter den einmaligen Ausgaben mag die 2. Rate für den Erwerb eines neuen Botschaftsgebäudes zu St. Petersburg mit 685 400 ℳ Erwähnung finden.

Der Etat des **Reichsamts des Innern** sieht an Einnahmen im Ordinarium 14 282 407 ℳ (+ 478 663 ℳ), im Extraordinarium 297 000 ℳ (+ 40 000 ℳ) vor. Die fortdauernden Ausgaben betragen 82 627 272 ℳ (+ 3 265 940 Mark). Bei den allgemeinen Fonds ergibt sich für die Einrichtung eines weitertelegraphischen Dienstes infolge Anwachsens der Vergütungen an die Telegraphenverwaltungen ein Mehrerfordernis von 40 000 ℳ. Für regelmäßige deutsche Postdampferverbindungen mit Ostasien und Australien ist mit Rücksicht auf die im Gesetze vom 8. März 1909 vorgesehene Erweiterung des Betriebes die volle auf jährlich 6 090 000 ℳ (+ 500 000 ℳ) festgesetzte Vergütung eingestellt. Die Belastung des Reichs aus den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes zahlbaren Renten ist auf 52 440 000 ℳ (+ 1 130 000 ℳ) angenommen. Zur Erstattung der auf Grund des Gesetzes vom 10. Mai 1892, betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften den Lieferungsverbänden der einzelnen Bundesstaaten erwachsenden Ausgaben sind 3 022 000 ℳ (+ 1 210 000 ℳ) eingesetzt. Der Fonds ist erhöht, um ihn dem tatsächlichen Bedürfnis entsprechend auszugestalten. Die einmaligen ordentlichen Ausgaben betragen 1 756 221 ℳ (— 1 326 026 ℳ). Für die Kosten der Beteiligung des Reichs an der Weltausstellung in Brüssel 1910 werden als zweite und letzte Rate 575 021 ℳ angefordert. Zu den laufenden Betriebskosten der Drachenstation am Bodensee für die Erforschung der oberen Luftschichten ist der Betrag von 10 000 ℳ (+ 2600 ℳ) eingestellt. Erstmals werden als Beitrag des Reichs zu den Kosten der Herausgabe des Deutschen Handwerksblatts 6000 ℳ, zur Förderung des ärztlichen Fortbildungswesens 10 000 ℳ angefordert. Ferner ist als erste Rate für die Kosten der Beteiligung des Reichs an der Internationalen Kunstausstellung in Rom 1911 die Summe von 80 000 ℳ eingesetzt. In der Begründung dieses Titels heißt es: Nach dem Plane der Ausstellung haben die größeren Nationen eigene Pavillons zu errichten, welche die Werke der Malerei, der Bildhauerei und der graphischen Künste in sich aufnehmen sollen. Bei der Bedeutung, die der Ausstellung durch ihren Anlaß und durch die Mitwirkung aller Kulturländer zukommt, ist eine würdige Beteiligung Deutschlands geboten. Die durch die Errichtung eines eigenen Pavillons, die Versendung und Versicherung der Kunstwerke, durch Verwaltungskosten, Bestellung eines Generalkommissars, Herstellung von Katalogen und durch die Beaufsichtigung entstehenden Kosten sind auf 340 000 ℳ zu veranschlagen. Der Fonds für die Beteiligung der deutschen Kunst an internationalen Ausstellungen wird bis zum Jahre 1911 auf 120 000 ℳ aufgelaufen sein, es bleibt daher noch ein Betrag von 220 000 ℳ zu decken, von dem 140 000 ℳ für 1911 vorbehalten bleiben. Im außerordentlichen Etat erscheint die Summe von 23 000 000 ℳ (+ 9 000 000 ℳ). Hiervon entfallen 2 000 000 ℳ auf die Förderung von Kleinwohnungen, 21 000 000 ℳ auf die vierte Rate zur Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals. In der beigefügten Denkschrift wird mitgeteilt, daß die im Voranschlag von 1907 ganz generell ermittelten Gesamtkosten von 221 Mill. Mark — außer 2 Millionen für militärische Anlagen — zur Ausführung des Entwurfes ausreichen werden.

Im Etat der **Reichsjustizverwaltung** betragen die hauptsächlich aus den Gerichtskosten vom Reichsgericht bestehenden Einnahmen 966 336 ℳ (+ 31 101 ℳ), die fortdauernden Ausgaben 2 674 865 ℳ (+ 27 587 ℳ).

Die fortdauernden Ausgaben im **Reichseisenbahnamt** werden bei einer Einnahme von 4270 ℳ auf 485 645 ℳ (— 2775 ℳ) bemessen.

Im **Rechnungshof** sind bei einer Einnahme von 399 ℳ fortdauernde Ausgaben in Höhe von 1 300 512 ℳ (+ 15 290 ℳ) vorgesehen.

Im Etat der **Reichspost- und Telegraphenverwaltung** sind die ordentlichen Einnahmen auf 693 226 325 ℳ (+ 20 578 725 ℳ) angesetzt. Davon kommen auf Porto und Telegraphengebühren 641 500 000 ℳ (+ 14 500 000 ℳ), auf Personengeld 750 000 ℳ (— 65 000 ℳ wegen Abnahme des Postreiseverkehrs infolge Eröffnung neuer Eisenbahnen), auf Gebühren für Postsendungen am Orte 19 500 000 ℳ (— 100 000 ℳ) für Postsendungen im Umkreise der Postanstalten 5 500 000 ℳ (+ 210 000 Mark), für Stundung von Gefällen und für Abfertigung der Extraposten 165 000 ℳ (+ 2000 ℳ), auf Erlös für verkaufte Grundstücke usw. 2 261 000 ℳ (+ 357 000 ℳ), auf vermischte Einnahmen 5 200 000 ℳ (+ 200 000 ℳ), auf Vergütungen von anderen Behörden 520 325 ℳ (+ 69 025 ℳ), von dem Absatze der Zeitungen, des Reichsgesetz-Blattes und des Amtsblattes des Reichspostamts 12 000 000 ℳ (+ 700 000 ℳ), aus dem Ueberweisungs- und Scheckverkehr 5 830 000 ℳ (+ 4 705 700 ℳ).

Die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats betragen 625 173 310 ℳ (+ 1 685 932 ℳ), die einmaligen Ausgaben 15 854 667 ℳ (— 1 035 240 ℳ) gegenüber dem Hauptetat für 1909; zur Nachzahlung von Dienstemkünften für das Rechnungsjahr 1908 aus Anlaß der Besoldungsaufbesserung sind im Nachtragsetat für 1909 angesetzt 33 922 763 ℳ; zusammen also — 34 958 003 ℳ. Der Ueberschuß der ordentlichen Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben beträgt 52 198 348 ℳ (+ 53 850 796 ℳ). Dazu kommen Beiträge Bayerns und Württembergs an den Kosten der Zentralverwaltung in Höhe von 49 237 ℳ (+ 4810 ℳ) und an den Kosten in den Schutzgebieten in Höhe von 235 987 ℳ (+ 42 170 ℳ).

Von den fortdauernden Ausgaben entfallen auf die Zentralverwaltung 3 983 020 ℳ (— 66 730 ℳ). Die Betriebsverwaltung erfordert 621 190 290 ℳ (+ 1 752 662 ℳ).

Bei den einmaligen Ausgaben ist zur Tilgung und Verzinsung der Anleihen für 1908, 1909 und 1910 die Summe von 6 146 580 ℳ (+ 2 096 720 ℳ) ausgebracht. Für Grundstückserwerbungen, Neubauten usw. erscheinen an neuen Forderungen: zu einem Um- und Erweiterungsbau in Baden-Baden 100 000 ℳ, zu einem Um- und Erweiterungsbau auf dem Postgrundstück Dessauerstraße Berlin 150 000 ℳ, zu einem Um- und Erweiterungsbau für das Postamt 19 auf dem Reichsdruckereigrundstück Berlin 140 000 ℳ, zur Vergrößerung des reichseigenen Grundstücksblocks zwischen der Oranienburger-, Artillerie-, Ziegel- und Monbijoustraße zu Berlin und zu einem Um- und Erweiterungsbau auf diesem Grundstücksblock werden für Grunderwerb und als erste Baurate 500 000 ℳ angesetzt. Der zur Begründung dieses Titels beigefügten Denkschrift ist zu entnehmen: Bei dem Haupttelegraphenamt und dem Hauptfernsprechamt in Berlin, Französischestraße, herrscht drückender Raummangel. Die Herstellung dauernd befriedigender Zustände ist nur dadurch zu erreichen, daß eines der beiden Aemter von dem Grundstücksblock an der Französischen Straße verlegt und der dadurch frei werdende Raum für die Zwecke des auf dem Grundstücke bleibenden Amtes nutzbar gemacht wird. Für eine Verlegung kommt nur das Haupttelegraphenamt in Betracht. Zu seiner Aufnahme eignet sich der reichseigene Grundstücksblock an der Oranienburgerstraße, wo gegenwärtig das Paketpostamt und das Fernsprechamt III untergebracht sind. Zur Schaffung ausreichender Diensträume für das Paketpostamt müßte ohnehin jetzt mit einem umfassenden Um- und Erweiterungsbau vorgegangen werden. Um nun gleichzeitig Platz für die Unterbringung des Hauptteleraphenamtes zu gewinnen, wird beabsichtigt, die vorhandenen Baulichkeiten nach und nach niederzulegen und an deren Stelle unter Ankauf eines Grundstücks und eines Geländestreifens Neubauten aufzuführen. Gesamtkosten 4 770 000 ℳ. Zu einem Umbau für das Fernsprechamt IV Berlin werden gefordert 570 000 ℳ, zu Grunderwerb und erste Baurate Bahnhof Köln-Deutzer Feld 1 145 630 ℳ, für Eisenach Umbau 100 000 ℳ, Kiel-Mit Neubau 100 000 ℳ, Mülheim-Ruhr Umbau 100 000 ℳ, Oberstein Neubau 125 000 ℳ, Posen Grunderwerb und erste Baurate 404 600 ℳ, Schleswig Neubau 100 000 ℳ, Rosdorf Grunderwerb 119 494 ℳ, Berlin Grunderwerb für den Neubau des Telegraphenzeugamts 415 430 ℳ.

Im außerordentlichen Etat werden als neunte Rate für Fernsprechwecke 25 000 000 ℳ (— 20 000 000 ℳ) gefordert. Die Steigerung in der Entwicklung des Fernsprechwesens hält an. Es ist in Aussicht genommen, die Summe im Laufe von 30 Jahren aus den ordentlichen Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zu tilgen.

Im Etat der **Reichsdruckerei** werden die Einnahmen auf 13 376 000 ℳ (+ 1 453 500 ℳ), die fortdauernden Ausgaben auf 8 543 745 ℳ (+ 434 620 ℳ) veranschlagt; bei den einmaligen Ausgaben werden weiterem 87 084 ℳ als erste Rate für die Kosten der Grundstückserweiterung gefordert. Zur Erweiterung der Kraftzentrale sind 190 000 ℳ angesetzt. Es verbleibt ein Ueberschuß von 4 555 171 ℳ, gegen das Vorjahr mehr 892 210 ℳ.

Bei der **Verwaltung der Reichseisenbahnen** belaufen sich die Einnahmen im ordentlichen Etat auf 122 319 000 ℳ (— 742 000 ℳ), im außerordentlichen Etat auf 537 680 ℳ (+ 18 180 ℳ). Die fortdauernden Ausgaben stellen sich auf 101 440 810 ℳ (— 507 440 ℳ), die einmaligen auf 4 905 470 ℳ (— 671 900 ℳ). Bei einer Gesamtausgabe des ordentlichen Etats in Höhe von 106 346 280 ℳ (— 1 179 340 ℳ) verbleibt mithin ein Ueberschuß von 15 972 720 ℳ (+ 437 340 ℳ). Im außerordentlichen Etat werden 7 498 700 ℳ (— 13 015 700 ℳ) verlangt. Bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats werden angefordert zur Erneuerung und Verstärkung älterer eiserner Brücken 210 000 ℳ, zur Vermehrung der Betriebsmittel durch Beschaffung von 540 Güterwagen 1 500 000 ℳ. Neue erste Raten erscheinen diesmal nicht. Im außerordentlichen Etat werden neu gefordert zu Grunderwerb für eine vollspurige Bahnverbindung zwischen Oettingen und Bollingen 374 000 ℳ, zu Erwägungen auf der Wilhelm-Luxemburg-Bahn (Erbauung eines reichseigenen Verwaltungsgebäudes in [illegible]

Rundschau im Auslande.

Abschluß der Verhandlungen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Delegierten.

Wien, 18. November. Die am 20. November hier ernieten und später in Budapest fortgesetzten kommissarischen Verhandlungen zur Erledigung verschiedener, bei der Ausführung und Auslegung einzelner Bestimmungen des Handelsvertrages zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche, des Viehseuchen-Uebereinkommens, des Vertragszolltarifs der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, des deutschen Zolltarifs, ferner des deutschen Weingesetzes und der deutschen Gerstenzollordnung hervorgetretenen Wünsche und Meinungsverschiedenheiten sind zum Abschluß gebracht worden. Die Unterzeichnung der hierüber aufgenommenen Schriftstücke hat heute nachmittag im Ministerium des Aeußern stattgefunden.

Zur inneren Politik Oesterreichs.

Wien, 18. November. Im Herrenhaus erörterte der Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth eingehend die Fragen der inneren Politik. Er sagte, die Regierung sei entschlossen, die staatliche Verwaltung der Beeinflussung durch nationale Parteien zu entziehen und sie auf rein sachlicher Grundlage im Interesse des Gemeinwohls zu führen. (Zustimmung.)

Die an sich sehr wünschenswerte Ausübung der vollziehenden Gewalt durch Vertrauensmänner parlamentarischer Mehrheiten habe zur unumgänglichen Voraussetzung, daß eine sachliche Grundlage für ihr ersprießliches Zusammenarbeiten vorhanden sei. Sofern es sich um einen Kampf gegen die Personen der gegenwärtigen Regierung handle, würden weder er noch seine Kollegen am Amte bleiben, wenn sie nur zu geben brauchten, um damit alles gut zu machen. Aber nicht unter Personenfragen, sondern unter den Folgeerscheinungen historischer Prozesse leide Staat und Parlament. Auch werde die Stabilität in der Verwaltung durch fortwährenden Personenwechsel in Frage gezogen. Man habe der Regierung von slawischer Seite eine Bevorzugung der deutschen Elemente in Böhmen und Mähren und eine Vernachteiligung der Tschechen durch die böhmischen Sprachengesetze vorgeworfen. Er, der Ministerpräsident, kenne keine nationale Gegensätze zu kennen, sondern nur Kaiserlich-Königlich österreichische Staatsbeamte, deren Richtschnur ihre beschworene Amtspflicht zu sein habe (Beifall), und für deren Verwendung nur ihre dienstliche Tüchtigkeit maßgebend sei. Die Sprachenvorschläge der Regierung enthielten sogar die gesetzliche Festlegung der inneren tschechischen Amtssprache, womit ein alter Herzenswunsch der Tschechen Erfüllung finde. Auch sei die Regierung keineswegs dem Parlamentarismus feindlich. Wäre sie das, so müßte es sie mit Genugtuung erfüllen, wie die Parteien sich gegenseitig schwächten. Die Regierung habe im Gegenteil unerschütterlich an der Hoffnung festgehalten, das Parlament werde zur Erfüllung seiner großen Aufgaben zurückkehren. Freilich müßten die Parteien auf die Obstruktion verzichten und es aufgeben, die Hemmung des Verfassungslebens als politisches Kampfmittel zu gebrauchen. Die Regierung würde es als ein großes Unglück für den Staat betrachten, wenn die nationalen Parteien nichts von ihren Forderungen aufgeben, nicht auf Kompromisse eingehen, sondern sich für eine Fortdauer des nationalen Kriegszustandes erklären würden, womit sie sich selbst den Volke entbehrlich machten.

Die Rede wurde mit anhaltendem lebhaften Beifall aufgenommen.

Zur ungarischen Krisis.

Budapest, 18. November. In der Audienz, die Ministerpräsident Dr. Wekerle heute in Wien hatte, entschied der König, daß Anfang nächster Woche zum letzten Vorsitz ein ungarischer Ministerrat in Wien stattfinden solle.

Steuerreform in Italien.

Rom, 18. November. Die Deputiertenkammer nahm heute ihre Arbeiten wieder auf. Bei Beginn der Sitzung gedachte Ferri (Soz.) des Heimgangs Lombrosos in ehrenden Worten. Der Ministerpräsident brachte eine Vorlage, betreffend eine Reform der Steuern, ein.

Die Vorlage schlägt eine Herabsetzung der Zuckersteuer und eine entsprechende Ermäßigung des Einfuhrzolles auf Zucker vor, und zwar soll der Zoll vom 1. Januar 1911 ab für Zucker erster Klasse von 28,85 Lire auf 20 Lire pro Doppelzentner und der Zoll für Zucker zweiter Klasse von 20,80 Lire auf 16 Lire, vom 1. Januar 1913 ab auf 18 bezw. 14,75 Lire und vom 1. Januar 1915 ab auf 15 bezw. 12 Lire ermäßigt werden. Um den dadurch erwachsenden Einnahmeausfall von ungefähr 40 Millionen zu decken, sollen verschiedene Verbesserungen des Gesetzes, betreffend die Steuer auf Erbschaften und Schenkungen, vorgenommen und eine progressive Einkommensteuer auf Einkommen über 5000 Lire jährlich eingeführt werden. Die Steuer beträgt für Einkommen von 5000 bis 10 000 Lire 1 pSt. und steigt bis zu 6 pSt. für Einkommen, die mehr als 200 000 Lire betragen.

Ein Konflikt zwischen Nicaragua und den Vereinigten Staaten.

Washington, 18. November. Zwei Amerikaner, die der Armee der Revolutionäre von Nicaragua Dienste geleistet hatten und gefangen genommen waren, sind vom Präsidenten Zelaya zum Tode verurteilt worden. Depeschen, die beim Staatsdepartement eingegangen sind, besagen, daß das Urteil bereits vollstreckt worden sei. Zwei amerikanische Kriegsschiffe sind eiligst nach Nicaragua entsandt worden. Der Empfang des neuen Gesandten von Nicaragua durch Präsident Taft ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. In New Orleans angekommene Reisende berichten, daß über 500 Personen, die verdächtigt waren, mit den Revolutionären zu sympathisieren, in summarischem Verfahren erschossen worden seien, und daß Präsident Zelaya weitere Hinrichtungen vornehmen lasse.

Washington, 19. November. Die Regierung hat sich geweigert, einem mit Waffen für die Regierung von Nicaragua von New Orleans nach Nicaragua abgegangenen Dampfer Schutz vor den Insurgenten zu gewähren, und dadurch die Insurgenten als kriegführende Partei anerkannt. Das Staatsdepartement hat den nicaraguanischen Geschäftsträger in einer peremptorischen Note aufgefordert, vollständige Aufklärung über die Hinrichtung der beiden Amerikaner zu geben.

Managua, 19. November. Die beiden kriegsgerichtlich verurteilten und hingerichteten Amerikaner Grace und Cannon waren angeklagt, den Versuch gemacht zu haben, mit Truppen beladene Regierungsdampfer durch Minen zum Sinken zu bringen. Die Regierung von Nicaragua erklärt, sie seien gesetzmäßig gerichtet.

Die in der ausländischen Presse Aufsehen erregenden Artikel des Fürsten Swjatopolk Mirski in den Peterburgskija Wjedomosti.

Die Artikel, die in der übrigen russischen Presse durchaus keinen Beifall gefunden haben, aus welchen Gründen sie immer, sind in Ministerium des Aeußern wie überhaupt in den Kreisen der Regierung gerade nicht als offiziös Charakter; sie wurden weder früher, noch werden sie jetzt vom Ministerium des Aeußern oder sonstigen Regierungsorganen oder Beamten inspiriert.

(Anm. der Red.: In einem der betreffenden Artikel wurde ein Plan zur Zertrümmerung Deutschlands entwickelt.)

Auflösung des finnischen Landtages.

Helsingfors, 18. November. Der Landtag ist durch kaiserlichen Erlaß aufgelöst worden. Die Neuwahlen sollen am 1. Februar n. St. stattfinden; die Einberufung des neuen Landtages ist auf den 1. März festgesetzt worden.

Reden Jaurès' und Doumers in der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 18. November. Die Deputiertenkammer setzte heute ihre Beratung über das Budget fort. Jaurès schrieb die Erhöhung der europäischen Staatshaushalte den Ausgaben für militärische Zwecke zu, die ihrerseits wieder in der englisch-deutschen Rivalität begründet seien. Er glaube jedoch an eine freundschaftliche Lösung dieser Rivalität, wenn Deutschland würde im Falle eines bewaffneten Konfliktes seine Flotte und seine wirtschaftliche Machtstellung aufs Spiel setzen, und England würde Gefahr laufen, daß es in seinen Kolonieen zu Aufständen käme.

Redner wies sodann auf die Proteste des deutschen Bürgertums gegen die Steuervorschläge und auf den englischen Budgetkonflikt hin und sagte, er schließe aus diesen beiden Tatsachen, daß sowohl England als auch Deutschland Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens hätten. Dennoch müsse Frankreich wachsam bleiben, denn eine abenteuerlustige alldeutsche Minderheit träume davon, Frankreich im Falle eines Krieges als Geisel zu benutzen. Jaurès sprach sich sodann anerkennend über die würdige, friedertige Haltung der französischen Politik aus und gedachte sodann Elsaß-Lothringens, das mehr als dreißig Jahre lang betrauert habe, die Ungerechtigkeit, durch die es deutsch geworden sei, werde wieder gut gemacht werden, daß aber darauf verzichtet habe, seine Befreiung von der Gewalt der Waffen zu erwarten, und an Stelle dessen den mutigen Entschluß gefaßt habe, Achtung vor seiner Eigenart zu fordern. Es wolle innerhalb seiner Grenzen seine eigene Physiognomie bewahren in dem Bewußtsein, daß sich Frankreich und Deutschland vielleicht eines Tages über Elsaß-Lothringen hinweg die Hände reichen würden. Der Redner erklärte sich sodann für eine Reform der militärischen Organisation und behauptete, daß das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit einem Mangel an Menschenmaterial nach sich ziehen werde. Nur ein eigentlicher Budget forderte Jaurès, man solle die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer vollständig dem Altersversorgungsfonds der Arbeiter zuweisen, man solle ferner ein Alkoholmonopol schaffen und die Einkommensteuer einführen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung führte der Generalberichterstatter für den Budget, Doumer, aus, er verstehe, daß England nicht gestatten wolle, daß Deutschland die Hegemonie zu Lande und zu Wasser erwerbe.

Doumer sagte weiter, die französische Armee würde durch die zweijährige Dienstzeit nicht geschwächt, die französische Armee sei so viel wert wie jede andere. Frankreich dürfe keine Schattenrolle spielen und könne nicht neutral bleiben. Es würde eine eigentümliche Politik sein, wenn Frankreich seinen Freunden sagen wolle, sie dürften nicht auf Frankreich rechnen, während Frankreich auf sie rechnen wolle. Frankreich habe das Recht, die Rolle einer großen Nation zu spielen, und brauche sich vor niemands Willen zu beugen.

Nachdem Doumer für die Notwendigkeit indirekter Steuern eingetreten war, wurde die Weiterverhandlung auf morgen vertagt.

Ergebnis des Besuches König Manuels in England.

Windsor, 18. November. Ein Berichterstatter des Reuterschen Bureaus hatte mit dem portugiesischen Minister des Aeußeren Bocage eine Unterredung, in der der Minister auf die Wichtigkeit des Besuches des Königs von Portugal hinwies, der das dentbar beste Ergebnis für die Beziehungen zwischen den beiden Verbündeten gezeitigt habe. Der Minister sagte ferner, daß er hoffe, der englisch-portugiesische Handelsvertrag, über den jetzt in Windsor verhandelt werde, werde das, was in den Beziehungen zwischen England und Portugal noch fehle, ergänzen. Zwischen der portugiesischen und der britischen Verwaltung in Südafrika bestänben die besten Beziehungen, das Gericht, Portugal wolle einen Teil seiner dortigen Besitzungen aufgeben, sei lächerlich.

Von der englischen Flotte.

London, 19. November. Nach einer Blättermeldung wird die zweite Division der Heimatsflotte, die aus acht Schlachtschiffen der King-Edward-Klasse, fünf Panzerkreuzern und 24 Torpedobootszerstörern besteht, Anfang des nächsten Jahres als dauernden Stützpunkt die Orkneys-Inseln erhalten. Die erste Division der Heimatsflotte, nämlich vier Dreadnoughts, vier andere Schlachtschiffe, drei Invincibles und zwei weitere Panzerkreuzer, wird in Sheerneß stationiert werden, anstatt wie bisher in Portland. Die atlantische Flotte erhält Dover als Kriegshafen. Auch die alte Kanalflotte wird wahrscheinlich wieder ins Leben gerufen und demgemäß die Zahl der Schlachtschiffe in den heimischen Gewässern von 22 auf 28 erhöht werden.

Zur australischen Flottenangelegenheit.

Melbourne, 19. November. Die Bundesregierung wird in den nächsten Tagen den beiden Häusern des Bundesparlaments eine Resolution vorlegen, wonach das Parlament den Beschlüssen der Londoner Reichsverteidigungskonferenz und der sofortigen Inangriffnahme des Baues des britisch-australischen Ostgeschwaders zustimmen soll. Verteidigungsminister Cook erklärte gestern, es eile besonders mit der Kiellegung des